

Mitbericht Der Rentenklau der Banken

Von Rudolf Rechsteiner*

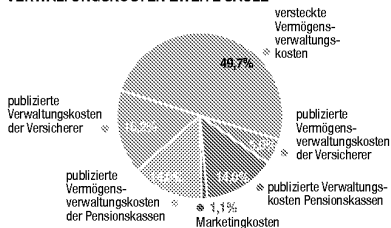
Basel. «Das Kostentotal in der 2. Säule beläuft sich auf 5673 Millionen Franken», heisst es in einem neuen Bericht des Bundesamts für Sozialversicherung (BSV). Das sind 1557 Franken pro aktiv Versicherten. 2,82 Milliarden Franken, also die Hälfte der Kosten, werden in den offiziellen Pensionskassenstatistiken verschwiegen. Es sind versteckte Kosten der Vermögensverwaltung: Courtagen, Depotgebühren, Gewinnbeteiligungen und Retrozessionen («Kick-backs»).

Hauptursache sind verschachtelte Kapitalanlagen, oft mit mehrstufigen Gebühren: Anlagestiftungen, die wiederum Fonds besitzen, denen andere Fonds und Beteiligungsgesellschaften gehören – mit einer Gebührenkaskade auf jeder neuen Stufe. Diese Kosten, die die Versicherten der 2. Säule bezahlen, sind meistens unsichtbar. Sie werden direkt mit Zinsen und Kursgewinnen verrechnet. Die Versicherten erhalten dadurch weniger Rendite. Und dies bringt Umwandlungssatz, Mindestzins und Rentenhöhe unter Druck.

Kapitalanlagen

Bei der Höhe der Vermögensverwaltungskosten gibt es enorme Unterschiede. Die Bandbreite reicht von 0,15 Prozent vom Vermögen bei den günstigsten Kassen bis zu 1,86 Prozent bei den teuersten. Der Durchschnitt (Median) liegt bei 0,56 Prozent. Bei vielen Kapitalanlagen sind die Preise hoch kompetitiv.

VERWALTUNGSKOSTEN ZWEITE SÄULE



Teuer kommen jene 29 Prozent Verwaltungskosten, die auf verschachtelte Anlagekonstrukte zurückzuführen sind. Über eine Milliarde Franken gingen im Jahr 2009 für Hedge-Funds und Derivatanlagen drauf, die gemäss Statistik nur 6,4 Prozent des Vermögens ausmachen. Depot- und Performance-Gebühren von über 20 Prozent des Kapitals sind dort keine Seltenheit. Übers Ganze haben diese Papiere nur Verluste eingebracht. «Je höher die Kosten für die Vermögensanlage waren, desto tiefer war die Netto Rendite», heisst es in der BSV-Untersuchung.

Mit der BVG-Strukturreform, wirksam ab Mitte Jahr, sollte Transparenz hergestellt werden. Geheime Retrozessionen sind neu strafbar. Stossend dabei: Die Versicherten sollen auch in Zukunft nichts Genaueres von diesen Kosten erfahren. Denn im Jahresbericht der Pensionskasse müssen solche Entgelte auch in Zukunft immer noch nicht

offengelegt werden, schreibt der Bundesrat in seinem Kommentar zur neuen Verordnung. Dies, obschon die TER (Total Expense Ratio) der meisten Fonds an sich bekannt wäre. Die Heimlichtuerei ist inakzeptabel und Gesetzeswidrig. Die Versicherten und die Stiftungsräte müssen endlich wissen, wofür sie sich einlassen. Sonst versichern weitere Milliarden jährlich in einem intransparenten Gebührendschungel.

Intransparenz

Vor einem Jahr wurde die Senkung des Umwandlungssatzes mit 72 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Grund für diese Ohrfeige war das Misstrauen der Versicherten, insbesondere gegenüber den Lebensversicherungen. Die neuen Untersuchungen zeigen nun, dass auch die Banken an den hohen Kosten der 2. Säule stark mitbeteiligt sind. Alle sprechen stets von Wettbewerb. Und

verhindern ihn durch Intransparenz, wenn es ums eigene Geschäft geht. Denn über die Anlagestiftungen sind die Banken oft ihre eigenen Kunden. Gegenrezepte gäbe es schon:

- > Statistisch haben die aktivierten Mandate nicht mehr abgeworfen als die passiven, schreibt die BSV-Studie. Würde man die aktiv verwalteten Fonds durch passive ETF-Fonds ersetzen und hätte man Hedge-Funds schlicht verboten, hätten die Versicherten 1,6 Milliarden Franken sparen können.
- > Weitere 386 Millionen Franken liessen sich einsparen, wenn kleine Pensionskassen ihre Kapitalanlagen poolen würden.
- > Pensionskassen sollten sich auf Direktanlagen besinnen statt auf teure Fonds.
- > Pensionskassen sollten ihre Verwaltungsmandate ausschreiben. Es gibt grosse Unterschiede, nur schon bei den Depotgebühren.
- > Könnte man die Verwaltungskosten von fünf Milliarden Franken halbieren, liesse sich fast ein Lohnprozent sparen. Das ist mehr als ein Pappenstein.



* Mit einem Mitbericht kommentieren Regierungen und Bundesräte die Geschäfte ihrer Kollegen. Rudolf Rechsteiner (1958) ist Ökonom und war Nationalrat (BS, SP) von 1995 bis 2010.